

Müller, Klaus

Article — Digitized Version

Geld- und währungspolitische Aspekte der Wirtschaftsreform

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Müller, Klaus (1990) : Geld- und währungspolitische Aspekte der Wirtschaftsreform, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 2, pp. 78-84

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136606>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Klaus Müller

Geld- und währungspolitische Aspekte der Wirtschaftsreform

Die prekäre ökonomische und politische Lage der DDR erfordert durchgreifende Wirtschaftsreformen. Welche Vorstellungen gibt es dazu innerhalb und außerhalb der DDR? Professor Klaus Müller von der Technischen Universität Karl-Marx-Stadt analysiert die verfügbaren Optionen und ihre jeweiligen Auswirkungen.

In der DDR vollziehen sich dramatische Veränderungen. Wer heute Konzepte für den Wandel entwickelt, muß damit rechnen, daß die Zeit sie morgen bereits ad absurdum führt. Rasche Ergebnisse sind gefragt, soll der Exodus – Zehntausende verlassen auch nach dem Sturz des SED-Regimes das Land – verhindert werden. Doch Politiker benötigen Zeit, um Notwendiges mit Besonnenheit zu tun. Zu erwarten ist, daß nach der ersten freien Wahl im März die Regierungen in Bonn und Berlin, getragen vom Willen des Volkes, den Einigungsprozeß beschleunigen werden. Die Grundzüge des wirtschaftlichen Wandels sind schon erkennbar. Unbestritten auch ist, daß ohne Hilfe der Bundesrepublik weder der Größe der Aufgabe entsprochen noch das notwendige Tempo ihrer Verwirklichung eingeschlagen werden kann.

Jahrzehntelange bürokratische Wirtschaftslenkung hat die DDR-Ökonomie zu einer disproportionierten Engpaßwirtschaft verkümmern lassen. Vor Jahren aufgebrochen, um zu überholen ohne einzuholen, ist nunmehr auch den einst Mächtigen klar, daß nicht nur eine Politik, sondern das System überreglementierter Zentralverwaltungswirtschaft am Ende ist. Es mangelt an hochwertigen technischen Produkten und modischen Erzeugnissen. Versorgungslücken klaffen auf allen Märkten. Ehrgeizige Beschlüsse zur Lösung des Ersatzteil- und Zulieferproblems griffen nicht. Investitionen und Produktivität sind zu gering, der Maschinenpark veraltet, die Exporterlöse unzureichend, die Preise verzerrt, die Subventionen aufgebläht, die Einkommensstruktur ungerecht, Angebot-Nachfrage-Disproportio-

nen gewaltig. Die innere Verschuldung, bislang verschämt verschwiegen, kletterte auf 127 Mrd. Mark, die äußere Verschuldung beträgt 18,5 Mrd. US-Dollar. Zurückgestaute Inflation, verdeckte Arbeitslosigkeit und monopolistische Deformationen runden das trostlose Bild ab.

Von vornherein bestand Klarheit, daß zur Überwindung der prekären Situation partielle Maßnahmen oder gar kosmetische Verschönerungen völlig unzureichend sein würden. Entschiedenenes, aber zugleich umsichtiges Abnabeln vom System der Kommandowirtschaft war geboten. Anders ist den Grundproblemen der DDR-Ökonomie nicht beizukommen. Es sind dies die mangelnde Effektivität, die unterdrückten Triebkräfte individuellen Handelns, unzureichende Wettbewerbsfähigkeit und die dem bürokratisch-administrativen System eigene Innovationsträgheit. Sie erzwingen den Übergang zu einer völlig anderen Art der Wirtschaft, lassen nicht die Alternative der Reform des Systems, um es zu erhalten¹. Als neuralgischer Punkt des realen Wirtschaftssozialismus erwiesen sich offenbar die seit Plato bekannten klassischen Einwände gegen den Kommunismus, der Initiative tötet, Gleichgültigkeit erzeugt, den Anreiz zur Arbeit schwächt und gestattet, daß der Faule auf Kosten des Fleißigen lebt.

Zweifellos kann man nicht aus eigener Kraft von einem Tag zum anderen aus dem einen in das andere Wirtschaftssystem übertreten, und dies schon gar nicht unter den Bedingungen der akuten Krise. Unüberlegte Sprünge vertiefen das wirtschaftliche Chaos. Die Wirtschaftsreform wird längere Zeit beanspruchen, selbst wenn die deutsche Einheit schneller kommen sollte, als noch vor Wochen erwartet werden konnte. Trotz aller

Prof. Dr. Klaus Müller, 45, lehrt Politische Ökonomie an der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität Karl-Marx-Stadt.

¹ Dieter L ö s c h : Marktwirtschaft für die DDR? – Chancen und Probleme der Systemtransformation, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 70. Jg. (1990), H. 1, S. 23 ff.

Ungeduld, die Revolutionen eigen ist, sind die notwendigen Schritte mit Bedacht und Disziplin zu gehen. Alte Rituale – hochgesteckte zentrale Beschlüsse, bestellte Zustimmungen, formale Verpflichtungen und lange Briefe an den Generalsekretär – haben versagt. An ihre Stelle müssen Eigenverantwortung, Selbständigkeit und Marktregulierung treten. Die verkrüppelte Individualität ist zu befreien. Sie soll Spielräume erhalten, in denen sie ihre mächtigen Kräfte entfalten kann.

Wie schnell ist die System-Substitution zu vollziehen? Als die Reform des politischen und wirtschaftlichen Systems begann, dominierte die Auffassung, sie in einer noch für einige Zeit eigenständigen DDR durchführen zu können. Folglich sollte gemächlich begonnen werden. In einer ersten Phase – etwa bis 1992 – war nur an Maßnahmen zur Stabilisierung der Produktion, des Binnenmarkts, der Außenwirtschaftsbeziehungen, des Geld-, Finanz- und Kreditwesens gedacht. Konturen eines marktwirtschaftlichen Systems zeichneten sich noch nicht ab. Zwar sollten zentrale Planvorgaben, Berichtskennziffern, Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüterbilanzen schon reduziert, die Rolle der Wirtschaftsverträge zwischen Betrieben und Kombinatn erhöht, aber eben das bisherige Planungssystem mit seinen aufwendigen Abläufen, den grundlegenden Kennziffern, der Preisbildung und den Abführungsmodalitäten noch erhalten werden. Erst spätere Etappen sollten die Eigenverantwortung, volle wirtschaftliche Rechnungsführung und Haftung der Produzenten bringen². Inzwischen scheren Betriebe und Kombinate aus dem starren Plankorsett aus. Soll dieser Prozeß nicht dem Selbstlauf überlassen werden, ist Nachdenken über die ordnungspolitischen Bahnen, in die er zu bringen ist, nötig.

Ordnungspolitische Konflikte

Linke Kräfte sahen zunächst die Chance, nach dem Zusammenbruch des stalinistischen Wirtschaftssystems nun endlich den „wirklichen Sozialismus“ errichten zu können³. Mittlerweile ist jedoch die Vorstellung, die Wirtschaftsreform könnte „insbesondere durch die Verbindung der Vorzüge des Sozialismus mit den Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution zu einem effektiveren, attraktiveren Sozialismus“ führen, „der im Wettstreit der Systeme seine Konkur-

renzfähigkeit beweist“, ebenso obsolet, wie die Behauptung, die Reformprozesse könnten nur „durch eine politische Kraft geführt werden, die unter den Bedingungen des Sozialismus in der DDR heute allein die SED (werden müsse), die auf neue Weise das Integrationszentrum für progressive politische Parteien und Massenorganisationen, Bewegungen und Bürgerinitiativen“ bilden könne⁴. Nunmehr besteht weitgehend Konsens: Zur Marktwirtschaft gibt es keine Alternative. Sozial, ökologisch und demokratisch soll sie sein. Welche Vorstellungen, mit unterschiedlichem Gewicht, gibt es?

□ Das administrative Wirtschaftssystem feudosozialistischer Prägung wird durch einen radikalen Übergang zu einer Marktwirtschaft abgelöst, in der das Privateigentum an Produktionsmitteln durch Zufluß privaten Kapitals, Reprivatisierungen von Staatsunternehmen und Neugründungen dominiert. Ansonsten würde der Marktwirtschaft ihr Herz, das unternehmerische Element, genommen⁵. Vertrags- und Wettbewerbsfreiheit, ungehinderte Preisbildung sind garantiert. Volkswirtschaftliche Entscheidungen fällt der Markt. Das freie Spiel der Kräfte verdrängt die Kommandowirtschaft, die nicht nur ineffektiv war, sondern die Selbstbestimmung des Menschen verhinderte. Der Staat wird aus der Ökonomie verbannt. Enthaltensamkeit ist fortan seine Tugend. Zugegeben, wildwüchsige Märkte und Neomanchesterliberalismus erscheinen wenig realistisch. Aber es wäre nicht das erste Mal, daß Gründlichkeit und Korrekturbedarf das Pendel zu weit in die bisher unerlaubte Richtung ausschlagen lassen.

□ Wichtiger sind Bemühungen, ein Marktwirtschaftskonzept zu finden, das, auf die DDR-Wirtschaft zugeschnitten, die soziale Vor- und Nachregulierung vorsieht. Seine Konstruktion müßte an den Schwächen des Marktes anknüpfen, an dessen Effizienzüberlegenheit kein Zweifel besteht, der allein aber mit ökologischen Problemen, Drogenverbrauch, zweifelhaftem Videokonsum und anderen sozial schädlichen Tatsachen nicht nur nicht fertig wird, sondern sie sogar reproduziert⁶. Aus den Schattenseiten und dem Versagen der Marktregulierung erwächst die Option, die „Vorteile“ der plan gelenkten Wirtschaft mit denen der Marktwirtschaft zu koppeln. Eine direkte und unmittelbare Einflußnahme des Staates auf den Reproduktionsprozeß solle langfristig volkswirtschaftliche Grundproportionen sichern. Die zentrale staatliche Wirtschaftsplanung ist bislang al-

² Vgl. Hans Modrow: Zu aktuellen Aufgaben der Wirtschaft und nächsten Schritten der Wirtschaftsreform, in: Stabilisierung der Volkswirtschaft und nächste Schritte der Wirtschaftsreform, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1989, S. 12-23.

³ Ebenda, S. 23.

⁴ Michael Brie, Rainer Land, Hannelore Petsch, Dieter Segert, Rosemarie Will: Studie zur Gesellschaftsstrategie, Dietz-Verlag, Berlin 1989, S. 27, 89.

⁵ Clemens-August Andreae: Demokratie und Marktwirtschaft – ein Kuppelprodukt?; Informedia-Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik, Köln 1989, S. 17.

⁶ Richard von Weizsäcker: Die Herausforderung, Europäische Tugenden in einer Zeit des Umbruchs, Süddeutsche Zeitung, München, 1. 2. 1990, S. 17.

lerdings den Nachweis, dazu auch in der Lage zu sein, schuldig geblieben. In vielen Fällen hat sie sich sogar als außerstande erwiesen, von ihr selbst erzeugte Disproportionen zur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn zu überwinden. Solange die Überlegenheit zentraler Steuerung für die Konfliktbewältigung angezweifelt werden muß, wäre es falsch, auf eine „marktorientierte Planwirtschaft“ zu setzen⁷. Die Implantation marktwirtschaftlicher Elemente in eine dem Wesen nach unveränderte Wirtschaftslenkung stalinistischen Typs ist ein halbherziger, inkonsequenter Irrweg, der überdies dringend benötigtes Fremdkapital irritiert und der Integration in die Weltwirtschaft hinderlich ist.

□ Eine sozialistische Marktwirtschaft entstünde durch die Verbindung von gesellschaftlichem bzw. kollektivem Eigentum und der dezentralen Wirtschaftsregulierung über Angebot und Nachfrage. Die Verfügungsrechte über die Produktionsmittel besitzt der Betrieb, mit allen Konsequenzen für die Gewinn- und Verlustrechnung. Führungskräfte werden gewählt. Gekoppelt mit einem leistungsstimulierenden Anreizsystem könnte so die ineffiziente Anonymität des Volkseigentums aufgebrochen werden. Trotz theoretischen Rückstands in dieser Frage erscheinen so verstandenes gesellschaftliches Eigentum und Dezentralisation prinzipiell kombinierbar. Vorstellbar ist, daß die Demokratisierung dabei weit geht, indem nicht nur Kapital, Arbeit, Gewerkschaften, sondern auch Interessenvertreter territorialer Organe und ökologischer Gruppen in die wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmen einbezogen werden. Sozialistische Marktwirtschaft wäre zumindest keine *Contradictio in adjecto*, ihr Nachweis ökonomischer und sozialer Effizienz steht freilich noch aus. Jugoslawische Erfahrungen mit der Arbeiter selbstverwaltung sind, wie hohe Arbeitslosenziffern, dreistellige Inflationsraten, sinkende Realeinkommen und Investitionen belegen, wenig verheißungsvoll.

□ Am wahrscheinlichsten ist für die DDR eine dem Privateigentum verhaftete Marktwirtschaft, in die sowohl zentral als auch dezentral soziale Sicherungen installiert werden und in der es auch andere Eigentumsformen so lange geben wird, wie sie sich als konkurrenzfähig erweisen. Der Direktiv- bzw. verbindliche Charakter der zentralen Steuerung entfällt. Dem Staat obliegt nunmehr die Aufgabe, die Marktkräfte in sozial erträgliche Bahnen zu lenken, sie nicht zu reglementieren, wohl aber auf einen Interessenausgleich hinzuwirken. Das Marktgeschehen mittels Wettbewerbspolitik zu ordnen, gegebenenfalls durch Eingriffe zu ergänzen, durch eine indikative Wachstums- und Stabilitätspolitik, die sich vor allem monetärer Kategorien wie Geldmenge, Zins, Steuern u.ä. bedient, zu stabilisieren, durch eine Ein-

kommens-, Vermögens-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik auch zu korrigieren, und auf die Lösung globaler Probleme zu drängen, sind Aufgaben, die dem Staat in einer dezentral gesteuerten Wirtschaft zu wachsen. Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung des politischen Systems sind Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit dieses Wirtschaftstyps.

Preisreform

Übergangscharakter und die objektiven Schwierigkeiten, sich von Bisherigem zu lösen, zeigen sich deutlich bei den geld- und währungspolitischen Elementen der Wirtschaftsreform. Eine Preisreform besteht im Kern darin, die Preisfindung den Märkten zu überlassen. Nur so funktioniert das marktwirtschaftliche Modell, könnten in ihm Allokationsoptimierung, Knappheitsüberwindung und Effizienzsteigerung stattfinden. Einerseits müßte somit jede Wirtschaftsreform mit einer Preisreform beginnen. Andererseits jedoch ist auch letztere von Bedingungen abhängig, die durch andere Elemente der Wirtschaftsreform herbeizuführen sind, so die eigenverantwortliche Dispositionsfreiheit der Unternehmen⁸.

Eine Preisreform, die gekoppelt werden müßte mit Steuer-, Einkommens- und anderen Reformen, ist auch zur Herbeiführung von freizügigeren Formen der Konvertibilität der DDR-Mark unumgänglich. Die Konvertierbarkeit setzt voraus, daß das Preisgefüge in Ordnung gebracht wird. Solange Billigpreise subventionierter Waren zum Zulangen einladen und überhöhte Preise für technische Konsumgüter die Geldflucht bei offener Grenze begünstigen, sind Störungen außenwirtschaftlicher Beziehungen zwangsläufig. Eine Preisreform wird daher einer vollen Konvertierbarkeit der DDR-Mark vorausgehen müssen. Vereinfacher glauben, eine schockartige Freigabe der Preise und der unmittelbare Übergang zur Marktregulierung seien sinnvoll. Der Kaufkraftüberhang könnte zwar schnell durch steigende Preise abgeschmolzen werden. Aber die zurückgestaute Inflation schwappte in eine offene, wahrscheinlich sogar galoppierende Inflation über. Eine rigorose Entwertung der Spareinlagen und Einkommen kann dem DDR-Bürger nicht zugemutet werden.

Durch Einkommensreformen flankiert, ließe sich die Schocktherapie vielleicht verschmerzen, könnte man damit rechnen, daß dadurch wirtschaftliche Angebotskräfte geweckt würden. Gerade das aber ist fraglich, solange wirksame Gewinn- und Lohnanreizsysteme feh-

⁷ Hans-Rudolf Peters: Marktorientierte Planwirtschaft oder Soziale Marktwirtschaft?, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 69. Jg. (1989), H.12, S. 596-599; Manfred E. Streit: Ordnungspolitische Überlegungen zur Systemkrise in der DDR, ebenda, S. 600-604.

⁸ Manfred E. Streit, a.a.O., S. 603.

len und veraltete Kapazitäten, ausgeschöpfte Ressourcen eine Angebotserweiterung nahezu ausschließen. Eher ist zu erwarten, daß ein inflationärer Prozeß in Gang kommt, der eigendynamische Kräfte entwickelt und die Herbeiführung der Währungskonvertibilität keineswegs erleichtert. In Polen, das diese Radikalkur wählte, sind inflationäre Preissprünge die Folge gewesen, die sich die DDR bei offener Grenze keinesfalls erlauben kann. Unabhängig davon, ob die in der DDR begonnene Preisreform Ausdruck des geordneten Übergangs zu einem marktwirtschaftlichen Preissystem oder nur halberziges Lavieren an total verzerrten Preisstrukturen ist, steht fest, daß die Umwälzung schrittweise vorzunehmen ist. Vor der Preisfreigabe sollen zeitlich gestaffelte Korrekturen die Preise an nationale und internationale Aufwandsrelationen angleichen. Die marktwirtschaftliche Dynamik könnte ihre Kräfte nur langsam entfalten, aber eine soziale Abfederung der Preisänderungen kann so besser erfolgen. Die im Januar verfügte Preisreform ist eine staatlich verordnete Korrektur eines verzerrten, ineffizienten und allokatons-hemmenden Preisgefüges. Nach und nach sollen die Preissubventionen, die für die Bevölkerung insgesamt 58 Mrd. Mark betragen, beseitigt werden.

Die neuen Preise sollen effektive Produktions- und Verbrauchsstrukturen herausbilden, Abkäufe durch Ausländer verringern und ein auf die Erhaltung der Gesundheit, Natur und Umwelt gerichtetes Verbraucherverhalten fördern sowie den zweckentfremdeten Einsatz und Verschwendung verhindern helfen. Bisher wurden Subventionen in Höhe von 2 Mrd. Mark für Kinderbekleidung und -schuhe und von 30 Mill. Mark für Blumen und Zierpflanzen aufgehoben. Für den Komplex Nahrungsmittel, Lebensmittel und Gaststätten betragen die Subventionen und nach ihrem Wegfall die Preiserhöhungen 33 Mrd. Mark. In Höhe von 8 Mrd. Mark werden Stützungen für Mieten zu einem noch nicht feststehenden Zeitpunkt entfallen. Mieten sind so niedrig (60 Pfennige pro qm), daß jegliche Instandhaltung unmöglich war. Verfallene Städte und verkommene Altbausubstanz sind die Folge. Das Prinzip, auch bei weiteren Erzeugnisgruppen, ist, Preiserhöhungen durch Einkommenszuschläge sozial abzufangen, eine ergebnisbezogene in eine personengebundene Stützung zu verwandeln. Welche Probleme zeigen sich?

Die Maßnahmen sind administrativ und psychologisch gründlich vorzubereiten, um auszuschließen, daß die soziale Erregung den Funken zu nicht mehr beherrschbaren Prozessen überspringen läßt. Vielen Bürgern ist der Ausgleichsvorgang nicht transparent. Muß er beispielsweise für Kinderschuhe bis zu 60 Mark mehr bezahlen, erscheint ihm im Vergleich dazu der Aus-

gleichsbetrag von 45 Mark zu gering. Dabei wird meist nicht beachtet, daß der Ausgleichsbetrag monatlich gezahlt wird, selten aber im Jahr 12 Paar Schuhe für das Kind gekauft werden. Probleme entstehen für einkommensschwache Angehörige (Großeltern z.B.), denen es schwerfällt, Kinder wie bisher zu beschenken.

Mit steigenden Preisen wachsen die Ansprüche auf Qualität, für den Anbieter aber nicht unbedingt der Zwang, sie auch zu erhöhen bzw. zu garantieren. Hier nutzen auch Verbraucherschutzorganisationen und -politik – so berechtigt sie sein mögen – vermutlich wenig. Konkurrenz und Preisflexibilität gewährleisten Qualität weit besser. Nur wenn Waren mit hohen Preisen und unbefriedigender Qualität nicht gekauft werden müssen, sind Betriebe gezwungen, die Güte ihrer Produkte zu sichern.

Die von der Veränderung des Preisgefüges ausgehenden Strukturimpulse werden weder überschaut noch sind sie zentral beherrschbar. Preiserhöhungen lassen die Nachfrage zurückgehen – bei Kinderschuhen wird mit einem Umsatzrückgang von 3 bis 3,5 Mill. Paar gerechnet –, Investitionen zur Produktionsumstellung und Sortimentsbereinigung werden erforderlich, berühren auch die Importe und können den Devisenbedarf erhöhen. Preiserhöhungen für Lebensmittel führen zunächst zu einer Nachfrageverlagerung nach Industriewaren und – unterstützt durch partielle Preissenkungen dort – zu völlig neuen volkswirtschaftlichen Strukturen.

Die Angleichung des Preisniveaus und der -relationen in der DDR an die Preisstrukturen des Weltmarkts – die nicht nur die Verbraucher-, sondern auch die industriellen und agrarischen Erzeugerpreise einschließen muß – löst einen langen Prozeß schwieriger wirtschaftlicher Strukturereinigungen aus, der mit Stilllegungen und Arbeitslosigkeit verbunden sein kann.

Eine verbreitete Annahme besteht darin, man könne Preiserhöhungen durch Preissenkungen bei anderen Waren kompensieren. Da aber Produktabgaben auch bei Waren hoch sind, die nicht im Preis gesenkt werden sollten (Genußmittel, Spirituosen, Tabakerzeugnisse), ist das Preissenkungspotential kleiner als der Preiserhöhungsbedarf.

Konvertibilität und Währungskurs

Die Konvertibilität der Währung ist letztlich Konsequenz wirtschaftlicher Freiheit, ökonomischer Selbständigkeit und der Öffnung zu den Weltmärkten. Sie fördert selbständiges wirtschaftliches Handeln und erleichtert die Abwicklung von Außenhandelsgeschäften. Außerdem löst sie das Problem der Beschaffung von Reiseva-

luten. Umstritten ist, ob sie Schrittmacher oder Krönung des Reformprozesses sein solle⁹. Die verbreitete Auffassung, die Konvertierbarkeit der DDR-Mark ließe sich per Dekret anweisen, entbehrt ökonomischer Logik allein schon deshalb, weil jeglicher Tausch, auch der von Währungen, eben das Interesse beider Tauschpartner voraussetzt. Die DDR-Reformer scheinen sich für einen Mittelweg zwischen Schrittmacher- und Krönungshypothese entschieden zu haben. Unter bewußtem Verzicht auf eine radikale Preisreform und einen unpopulären Währungsschnitt, die beide aus sozialen Gründen nicht angemessen sind, kann die Freigabe der DDR-Mark nicht am Anfang des beschwerlichen Weges stehen. Sie muß aber auch nicht Schlußpunkt sein. Der Umtausch von nationalem Geld in das anderer Länder unterliegt Beschränkungen, wenn das Devisenaufkommen nicht reicht und die Kaufkraftverluste, die ein unterhalb der Kaufkraftparität liegender Kurs erzeugt, vermieden werden sollen¹⁰.

Die freie, d. h. unbegrenzte und unkontrollierte Austauschbarkeit der DDR-Mark ist sicher erstrebenswert, hat aber zur Voraussetzung, daß Fremdwährungsinhaber in der DDR attraktive Waren und Leistungen vorfinden. Das Problem der Konvertierbarkeit enthält eine Binsenwahrheit: Wie gefragt und stark eine Währung ist, hängt von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ab, die hinter ihr steht. Konvertibilität der DDR-Mark heute bedeutete, daß bei fixierten Kursen die Notenbank die Devisennachfrage nicht befriedigen könnte. Schwarzmärkte korrigierten den offiziellen Kurs. Werden freie Kurse zugelassen, wertet die DDR-Mark ohnehin ab, die Gefahr spekulativer Abkäufe steigt, Importe werden teurer. Daher ist es verständlich, daß die Erhöhung der Leistungskraft, grundlegende wirtschaftliche Wandlungen, die zur Gesundung der DDR-Wirtschaft führen, als Voraussetzung für die Erreichung der Konvertibilität angesehen werden¹¹.

Von der Kaufkraftparität stark und dauerhaft abweichende, wenn auch marktgerechte, Kurse begünstigen die weltwirtschaftliche Zusammenarbeit nicht. DDR-Produkte werden für den Ausländer zwar preiswerter, aber dadurch noch nicht besser.

Westliche Konsumgüter und Technologien blieben begehrt, sind aber kaum bezahlbar. Joint ventures könnten am Wechselkursrisiko scheitern. Anleger wollen wissen, wie sich der DDR-Mark-Kurs bis zu dem Tag ent-

wickeln wird, an dem sie aussteigen oder ihre Gewinne transferieren wollen. Solange keine Devisenmärkte vorhanden sind, auf denen Geschäfte zur Kurssicherung abgeschlossen werden, kann diese Unsicherheit die Geschäftstätigkeit erschweren. Außerdem wäre es lukrativer, im Westen Deutschlands zu arbeiten und nach Umtausch des Verdienstes in der DDR einzukaufen.

Das Paritätenproblem

Will oder kann man den Kurs noch nicht dem Markt überlassen, fragt sich, auf welche Weise seine „richtige“ Höhe gefunden werden kann. Das ist eine schwierige Frage. Sie enthält überdies reichlich sozialen Zündstoff. Anhaltspunkt könnte das Preisniveaugefälle zwischen DDR und Bundesrepublik auch deshalb sein, weil Kapitalbewegungen zwischen beiden deutschen Staaten noch keine Rolle spielen und damit Zinsunterschiede, Finanzmarktgleichgewicht und Renditen für die Kursbestimmung nicht relevant sind¹². Schätzungsweise ist die Kaufkraftgleichheit gegenwärtig bei einem Kurs von 1 DM = 3-4 DDR-Mark gegeben. Selbst ein Wechselkurs von 1:1 ist vertretbar, liegen doch die Preise für subventionierte Lebensmittel, Tarife, Hotelübernachtungen, Gaststättenleistungen, Sport- und Kulturveranstaltungen, Benzin, Bücher und andere Waren und Dienste unter den Preisen in der Bundesrepublik, während dort Waren des gehobenen Bedarfs preiswerter sind¹³.

Sicher ließe sich ein Warenkorb zusammenstellen, bei dem sich die Preisunterschiede annähernd ausgleichen. Ein auf dieser Basis errechneter Kurs hätte allerdings nur eine Chance, vom Markt angenommen zu werden, wenn in beiden Staaten auch die gleichen Waren verfügbar sind, sie kaum nennenswerte Qualitätsunterschiede aufweisen, Angebot und Nachfrage nach beiden Währungen sich die Waage hielten. Diese Voraussetzungen sind nicht erfüllt. Dennoch hat mit Blick auf die niedrigeren DDR-Preise für Waren und Leistungen des täglichen Bedarfs auch der Umtauschsatz von 1:3 bei vielen Bürgern Unverständnis ausgelöst. Er bevorzugen Besucher aus der Bundesrepublik, mache die DDR ärmer.

Man solle ferner das Einkommensgefälle zwischen beiden Ländern bei der Kursfixierung berücksichtigen. Diese Forderung übersieht, daß ein Kurs, der nicht die Kaufkraft des Geldes, sondern die des Einkommens ausdrückt, für den DDR-Bürger noch ungünstiger wäre.

⁹ Heinz-Dieter Smeets: Währungspolitische Probleme der DDR, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 69. Jg. (1989), H. 12, S. 609 ff.

¹⁰ Ein kritischer Überblick über Wechselkursstheorien findet sich in: Wolfgang Filc, Sonning Bredemeyer: EWS und US-Dollar, Analyse und Prognose der Wechselkursentwicklung, Sparkassenheft 94, Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart 1989.

¹¹ Franz Peter Lang, Renate Ohr: Die währungspolitischen Perspektiven der DDR, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 69. Jg. (1989), H. 12, S. 612 ff.

¹² Wolfgang Filc, Sonning Bredemeyer, a.a.O.

¹³ Heinz-Dieter Smeets, a.a.O., S. 605.

Weil Löhne, Gehälter und Renten in der Bundesrepublik etwa dreimal so hoch wie in der DDR sind, entsprächen 9 Mark der DDR erst 1 DM. Kaufkraftparität des Einkommens bedeutete, daß der DDR-Bürger nur ein Neuntel des Verdienstes des Bundesbürgers benötigte, um die Warenmenge zu erwerben, für die er zu Hause den vollen Verdienst aufwenden muß. Der Währungskurs kann Einkommens-, Preis- und daher Produktivitätsunterschiede nicht aufheben, sondern nur ausdrücken.

Teile der Bevölkerung glauben, weil der Bundesbürger im Durchschnitt das Dreifache dessen verdient, was sein Kollege in der DDR erhält, müßte umgekehrt 1 DDR-Mark gleich 3 DM sein. Ein solcher Kurs ermöglichte es, daß ein Inländer im Ausland die Waren kaufen kann, die sich dort der Ausländer leisten kann. Der DDR-Bürger könnte also mehr, der Bundesbürger in der DDR aber weniger einkaufen. Die Bedingung des Tausches – das gegenseitige Interesse am jeweiligen Angebot des anderen – wäre nicht erfüllt. Die Marktlogik würde einen solchen Kurs nicht zulassen.

Währungsreform?

Nicht wenige Bürger der DDR befürchteten den Umtausch von bisher gültigem in weniger neues Geld. Darin bestünde der Kern einer Währungsreform. Dementsprechend ihr Verhalten: Abzug von Spareinlagen, vorfristige Tilgung von Krediten, Kauf hochwertiger Waren, steigende Nachfrage nach Immobilien, Umtausch in harte DM. Reaktionen, die vor Vermögensverlusten schützen sollen. Und dies, obgleich von Regierungsseite wiederholt betont wurde, daß eine Währungsreform nicht auf der Tagesordnung stehe. Motiv für eine Währungsreform könnte der Abbau des Kaufkraftüberhangs sein, um bei einer Freigabe der Preise einen Inflationsschub zu vermeiden und einen Kurs zu erreichen, der für Devisenbesitzer die Attraktivität des zu billigen Einkaufs in der DDR verringert. Immerhin sind die Spareinlagen der Bevölkerung auf 156 Mrd. Mark angewachsen, von denen etwa 25-30 Mrd. als Geldüberhang gedeutet werden.

Geldüberhänge gibt es nicht nur unter der Bevölkerung, sondern in der gesamten Wirtschaft. Preise, die ein Auftraggeber für Investitionen zu zahlen bereit ist, liegen 10 % über denen, die er zu zahlen gesetzlich verpflichtet ist. Sparvolumen und Sparquote selbst sind an sich nicht beunruhigend. Mit einer Sparquote von 7 % liegt die DDR im europäischen Mittelfeld. Das Problem ist die zu kurze Warendecke. Aufgrund des innenpolitischen Krisenzustandes ist ein Währungsschnitt sozial nicht zumutbar. Er heilt die kranke DDR-Wirtschaft nicht, weil er ihre Grundprobleme verfehlt. Nicht neues DDR-Geld ist der Schlüssel zum Erfolg der Wirtschafts-

reform. Umgekehrt: Nur eine neue, effizientere, mit den Weltmärkten in neuer Weise verflochtene Wirtschaft kann die Güte des Geldes erhöhen.

Der Geldüberhang könnte auf andere Weise sinnvoller abgebaut werden: vorübergehende Stilllegung von Teilen der Spareinlagen, zu denen der Zugriff wieder gestattet ist, wenn die Wirtschaft in Schwung kommt, eine größere Auswahl von Anlagemöglichkeiten mit unterschiedlichen Zinssätzen, die Schaffung eines Wertpapier- und Aktienmarktes, der Erwerb von Grundstücken und Eigentumswohnungen, die Erleichterung ausländischer Direktinvestitionen und Beteiligungen zur Produktivitätserhöhung und Sortimentsverbesserung in DDR-Betrieben, eine Erhöhung des Imports von Produkten der Bundesrepublik. Funktionieren könnte letzteres so: DDR-Bürger zahlen für Westerzeugnisse im Verhältnis 1:3, der Lieferant aus der Bundesrepublik erhält sie, gestützt durch Westkredite von der Staatsbank, zum Kurs von 1:1 bezahlt. Der Überschußbetrag in DDR-Geld wird stillgelegt. Viele DDR-Betriebe gerieten allerdings in Konkurrenznot, wären dem Anpassungsdruck kaum gewachsen. Vorstellbar ist auch, daß Unternehmen der Bundesrepublik ihre DDR-Mark-Erlöse zum Erwerb von Beteiligungen an DDR-Betrieben einsetzen.

Institutionelle Bedingungen, die den Geldüberhang erst ermöglichten, sind zu beseitigen, um zu verhindern, daß er immer wieder neu entsteht. Ein zweistufiges Bankensystem ist zu errichten, das es nicht mehr erlaubt, daß sich der Staat beliebig aus der Notenpresse bedienen kann und den Betrieben unabhängig von jedweden Rentabilitätsabwägungen Kreditwünsche erfüllt werden. Eine weitgehend autonome Zentralbank und von ihr unabhängige, im Wettbewerb untereinander stehende Geschäftsbanken sind der institutionelle Rahmen dafür, daß das Geldsystem allein ökonomischen Gesichtspunkten folgen kann. Die Staatsbank betreibt eine an den Erfordernissen der Preis- und Wachstumsstabilität orientierte Geldpolitik. Die Geschäftsbanken leiten die Geldmittel in profitable Bereiche, die einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen bringen. Refinanzierungsbedingungen sind zu regeln, die Wiedereinführung des klassischen Instruments der Notenbank, der Diskontpolitik, zu sichern. Durch die Errichtung eines Wertpapiermarktes ließe sich das Manövriertpotential der Notenbank, aber auch der Geschäftsbanken und Nichtbanken erhöhen.

Ankopplung der DDR-Mark an die DM?

Die Wirtschafts- und Währungsunion wird kontrovers diskutiert. Über konkrete Inhalte und zeitliche Vorstellungen ihrer Realisierung gehen die Meinungen weit auseinander. Unter dem Druck der Ereignisse wechseln

Politiker zuweilen ihren Standpunkt von einem Tag auf den anderen.

Grundmerkmal der Wirtschafts- und Währungsvereinigung ist der gemeinsame Wirtschaftsraum mit ungehinderten Waren-, Arbeitskräfte- und Kapitalbewegungen, mit Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit. Die Zweistaatlichkeit bliebe zunächst erhalten, ihre Überwindung aber würde gerade durch die engere Verflechtung der Volkswirtschaften ökonomisch vorbereitet. Wirtschaftsunion und Währungsverbund sind dabei zwei Bestandteile eines Ganzen, bedingen sich wechselseitig und müßten parallel zueinander verwirklicht werden.

Eine Währungsunion erleichtert die Errichtung der Wirtschaftsunion, Warenaustausch und Kapitalverkehr, ist selbst aber ohne einen hohen Grad an wirtschaftlicher Übereinstimmung kaum vorstellbar. Im Kern beinhaltet sie, daß die DDR-Mark an die DM der Bundesrepublik angebunden wird. Während der Bundeskanzler und sein Wirtschaftsminister Anfang Februar die Einführung der Parallelwährung in der DDR noch in diesem Jahr für notwendig und möglich hielten, bezeichneten die Präsidenten der Bundesbank und der Staatsbank der DDR diesen Schritt als verfrüht. Der unbegrenzte Umtausch der einen in die andere Währung zu einem unwiderruflich festen Kurs wäre durch die Zentralbanken beider Staaten zu sichern. Diese garantieren auch durch eine verantwortungsbewußte Geldmengensteuerung die Stabilität ihrer Währungen und das fixierte Austauschverhältnis zwischen ihnen. Ohne Stützung durch die Bundesbank ist ein zumutbarer Kurs (1:1, 1:2) jedoch unrealistisch. Analog dem Topf zur Bereitstellung der Reisevaluta für DDR-Bürger könnte ein weiterer Topf geschaffen werden, aus dem DDR-Mark-Erlöse der Unternehmen der Bundesrepublik in DM umgetauscht werden. Krönung könnte eine gemeinsame, für beide deutsche Staaten gültige Währung sein, ohne daß dem die politische Vereinigung vorausgehen muß. De facto läuft das auf eine Übernahme der DM als Zahlungsmittel für die DDR hinaus. Sie hätte den Vorteil, Versorgungslücken schnell zu schließen, den Kapitalzufluß zu stärken und das Problem der Reisefinanzierung zu lösen. Betriebe unterlägen dem Druck der Weltmarktkonkurrenz, allerdings auch mit eventuellen negativen Konsequenzen für sie. Konkurse und Entlassungen wären nicht auszuschließen. Es bleibt fraglich, ob dadurch die Abwanderungswelle gebrochen werden kann. Immerhin blieben Produktivitäts- und Einkommensgefälle. Zu lösen wäre auch das Problem der Transferierung der Sparguthaben in die neue Währung, auch Immobilien und Grundfonds müßten umbewertet werden. Nationale Kompetenzen gingen nach und nach auf gemeinsame

Institutionen über. Kommt am Ende eine einheitliche Währung, dann ist auch ein gemeinsames Zentralbankensystem zwingend. Es wäre dies das der Bundesrepublik. Die Bundesbank übernimmt die Geld- und Währungspolitik für die DDR, die damit ihre Währungshoheit aufgibt.

Ohne sich auf Spekulationen einzulassen, was die Zeitdauer derartiger Szenarien betrifft, sei lediglich daran erinnert, daß die Bundesrepublik erst im Jahre 1959 die volle Konvertibilität ihrer Währung erreichte, viele Länder des Internationalen Währungsfonds sie auch heute, besonders in bezug auf internationale Kapitalbewegungen, nicht besitzen, und die EG-Staaten ihr Projekt der Wirtschafts- und Währungsunion noch immer nicht abzuschließen vermochten, obgleich der erste Anlauf dazu von ihnen bereits im Jahre 1969 unternommen worden war.

Natürlich sind die Bedingungen in beiden deutschen Staaten heute weder mit der Nachkriegssituation noch mit den Verhältnissen zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft gleichzusetzen. In Deutschland könnten diese Prozesse daher sehr viel schneller ablaufen, zumal die Wirtschaft sich im Zugzwang der Ost-West-Migration und des politischen Vereinigungsbegehrens befindet.

Doch den Politikern sei empfohlen, Notwendiges nicht überstürzt zu tun. Anstatt die DDR-Mark überhastet durch die DM zu ersetzen, wäre es vernünftiger, mit Hilfe der Bundesrepublik und eines kräftigen Zustroms von Fremdkapital die Wirtschaftskraft zu stärken und für eine Angebotserweiterung zu sorgen. Damit wird schon schnell eine Teilkonvertibilität möglich. Man könnte dem DDR-Bürger gestatten, jährlich einen größeren Betrag, vielleicht 2000 Mark, im Verhältnis 1:1 umzutauschen. Eine andere Variante wäre, ihm in Abhängigkeit von der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage einen jährlich wachsenden Teil seines Lohnes in DM auszuzahlen, bis schließlich der vollständige Ersatz erreicht wird. Die Löhne könnten auch vollständig in Westwährung gezahlt werden, ebenso ein fixer Betrag der Sparguthaben (z.B. 1000 Mark) in DM umgetauscht werden. Der Rest wird stillgelegt, bis die sich erholende Wirtschaft ohne inflationäre Preissteigerungen ihn absorbieren kann. Schrittweise würde die Vollkonvertibilität erreicht. Ein stabiler Kurs (zwischen 1:1 und höchstens 1:3) wäre durch die Zentralbanken zu garantieren. Wird das eine Weile durchgehalten, ist die Zeit für eine volle Übernahme der DM bald gekommen. Es wäre dies der vernünftigere Weg. Er gestattet es, daß der Anpassungsprozeß, in dem alles – Löhne, Renten, Preise, Geldmengen, Produktion, Wechselkurs – von allem abhängt, ohne unerträgliche soziale Belastungen ablaufen könnte.